

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d

## Inhalt

Klaus Kirschner MdB zu Blüms Vorstellungen einer Strukturreform im Gesundheitswesen: Kranke bekommen „Reform“-Last aufgebürdet.

Seite 1

Björn Engholm MdL zur Haltung der Gesellschaft gegenüber den Alten: Der Yuppie kann nicht Leitfigur sein.

Seite 4

### Dokumentation:

Der SPD-Europaabgeordnete Dr. Klaus Hänsch hielt kürzlich in Ost-Berlin einen Vortrag über Sicherheit und Zusammenarbeit in Gesamteuropa. Auszüge veröffentlichen wir in zwei Teilen.

Seite 5

43. Jahrgang / 35

22. Februar 1988

### Kranke bekommen „Reform“-Last aufgebürdet

Zu Blüms Vorstellungen einer Strukturreform im Gesundheitswesen

Von Klaus Kirschner MdB

Vorsitzender der Enquete-Kommission „Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung“ des Deutschen Bundestages

Neben der sogenannten Steuerreform, die eine weitere Einkommensumverteilung von unten nach oben bringt, hat die Bundesregierung nun die Krankenversicherung aufs Korn genommen und einen Entwurf eines angeblichen Gesundheits-Reformgesetzes vorgelegt, der diesen Weg der Einkommensumverteilung zu Lasten der Arbeitnehmerschaft konsequent weiterverfolgt.

Zwar ist es bis jetzt nur ein Referententwurf, aber was darin steht, macht deutlich, daß von einem „Gesundheits-Reformgesetz“ nicht im entferntesten die Rede sein kann. Im Gegenteil, Blüm ist seiner Rolle treu geblieben, Nebel zu verbreiten und auch hier nicht offen zu sagen, welche Auswirkungen es für die Betroffenen haben wird: mit mindestens sechs Milliarden Mark werden die Versicherten jährlich durch Wegfall von Leistungen und höherer Selbstbeteiligung zur Kasse gebeten. Der Bundesarbeitsminister umschreibt dies mit „Solidarität neu bestimmen und die Eigenverantwortung zu stärken“.

Was kommt nun tatsächlich auf die Versicherten zu? So soll eine der ältesten Leistungen der Krankenversicherung, das Sterbegeld gestrichen werden. Das bedeutet, beim 30fachen des Grundlohns im Schnitt um 3.200 DM, 1,1 Milliarden Mark, später zwei Milliarden Mark, die damit jährlich bei den Versicherten einkassiert werden.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany  
with 100% recycled paper  
Recycling-Paper



Bei ambulanten Bädakuren werden die Unterkunft- und Verpflegungskosten nur noch mit 12,50 DM pro Tag statt wie bisher mit 25 DM bezuschußt. Bei vier Wochen heißt dies für den Versicherten Mehrkosten von 350 Mark. Einkassierung bei den Versicherten 200 Millionen Mark jährlich.

Bei Fahrtkosten zu einer Krankenhausbehandlung, die der Arzt als medizinisch notwendig bescheinigt, muß der Versicherte in Zukunft einen Eigenanteil von 20 DM pro Einfachfahrt zahlen, bisher fünf DM, bei Behandlung in einer Kur- und Rehabilitationsklinik beträgt der Eigenanteil sogar 50 DM (für Hin- und Rückfahrten danach 100 DM). Dies trifft vor allem Patienten im ländlichen Raum, wo die Entfernungen zu den Kliniken größer sind und das öffentliche Verkehrsangebot immer mehr ausgedünnt wird. Einkassierung: 800 Millionen Mark jährlich.

Beim Zahnersatz werden für die zahnärztlichen und zahntechnischen Leistungen die Patienten zwischen 50 und 35 Prozent der Gesamtkosten hinzuzahlen müssen. Beispiel: bei angenommenen Zahnersatzkosten von 5.000 DM zahlt der Versicherte in Zukunft zwischen 1.500 und 1.750 DM zu. Nach Blüms Rechnung sind dies 2,6 Milliarden Mark pro Jahr, die die Versicherten zusätzlich aus eigener Tasche berappen werden.

Und die „Blüm'sche Hitliste“ ist noch länger; so werden Arzt-, Zahnarzt- und Krankenhausbehandlungskosten bei Auslandsaufenthalten nur noch dann übernehmen, wenn mit einem solchen Land ein Sozialversicherungsabkommen besteht. Das heißt, daß wer zum Beispiel in der Schweiz, in den osteuropäischen Staaten, in den Ländern des amerikanischen Kontinents einschließlich USA und Kanada, in Asien, Australien oder Afrika Urlaub macht und krank wird, erhält die Kosten nicht mehr erstattet. Entweder er zahlt sie aus der eigenen Tasche, oder er muß sich zusätzlich privat versichern. Ist dies die von Blüm verkündete Solidarität und Eigenverantwortung, die von den während eines Urlaubs erkrankten Versicherten 150 Millionen Mark abkassiert?

Gibt es Arzneimittel, deren Patente abgelaufen sind, sogenannte Zweitpräparate (Generika), die die gleiche Wirkung haben wie das Originalpräparat, so darf die Kasse in Zukunft nur noch das preislich billigste bezahlen. Bei allen anderen Arzneimitteln müssen die Patienten statt bisher zwei DM einen um 50 Prozent höheren Betrag von drei DM zuzahlen.

Diese Auflistung, die in ihrer Gesamtheit keineswegs vollständig ist, zeigt, daß die Kranken die sogenannte „Reformlast“ bezahlen. Wer nämlich das Glück hat und weder einen Arzt, Zahnarzt noch Krankenhaus benötigt, der soll einen Monatsversicherungsbeitrag zurückerstattet bekommen. Ganz abgesehen davon, daß Krankheiten verschleppt werden, die sowohl den Versicherten als auch die Kasse teuer zu stehen kommen können, wird damit deutlich, daß das Solidarprinzip der sozialen Krankenversicherung auf den Kopf gestellt wird: nicht der Starke steht für den Schwachen ein, sondern wer krank ist, wird bestraft, wer gesund ist, wird belohnt. Anstatt die strukturellen Mängel unseres Gesundheits- beziehungsweise Krankenversicherungssystems anzugehen, wird von Blüm eine neuerliche Kostenverschiebungspolitik betrieben.

Zwar soll als „politisches Bonbon“ Hilfe bei häuslicher Pflege von Schwer- und Schwerstpflegebedürftigen als neue Kassenleistung eingeführt werden. Abgesehen davon, daß 25 Pflegestunden pro Monat zur Pflege nicht ausreichen, ist dies eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht der Krankenkasse aufgebürdet werden kann. Eine solche Pflichtleistung droht zum finanziellen Sprengsatz unseres Krankenversicherungssystems zu werden, denn die dafür geschätzten Kosten von 6,5 Milliarden Mark pro Jahr dürften nicht ausreichen.

Ausgeklammert aus dem Referentenentwurf sind Lösungen, die die schwerwiegenden Verwerfungen der Krankenkassen im Mitglieds- und Leistungsrecht beseitigen, noch wird grundsätzlich etwas gegen die medizinischen Überversorgung einerseits und Mangelversorgung andererseits unternommen. Auch werden die Anbieter von medizinischen Leistungen nicht zu mehr Wirtschaftlichkeit gezwungen. Es findet keine Weichenstellung in Richtung einer Gesundheits- statt einer Krankheitspolitik statt. Nicht Reparatur und Linderung bereits eingetretener Gesundheitsschäden sollte im Vordergrund stehen, sondern eine Gesellschaftspolitik, die Bedingungen schafft, die, soweit dies möglich ist, das Entstehen von Krankheiten verhindert.

Ein Gesundheits-Reformgesetz müßte darauf Antworten geben, wenn es diesem Anspruch gerecht werden will. In Blüms Koalitionsentwurf ist dazu nichts zu finden. Jährliche ärztliche und zahnärztliche Untersuchungen sind kein Ersatz für eine vorbeugende Krankheitsverhinderungspolitik.

(-/22.2.1988/vo-he/rs)

\* \* \*

Der Yuppie kann nicht Leitfigur sein

---

Eine Gesellschaft, die die Alten als lästig ansieht, wäre weder human noch sozial

Von Björn Engholm MdL

Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Mitglied des SPD-Parteivorstandes

In einer Gesellschaft, in der fast 50 Prozent der Bevölkerung über 40 sind, rund 20 Prozent über 60, kann nicht der Yuppie unser Leitbild sein. „Trau keinem über 30“, oder meinetwegen auch „trau keinem über 40“, ist nur vordergründig ein flotter Slogan. Die Leistungsvorstellungen unserer Gesellschaft können eben nicht geprägt werden vom Bild des Olympioniken im Teenager- oder Twen-Alter.

Die älteren Menschen sind längst keine Randgruppe mehr, sondern eine immer größer und gleichzeitig immer wichtiger werdende Bevölkerungsgruppe.

Die Älteren und auch die „Mittelalten“ in unserer Gesellschaft können selbstbewußt sagen, daß sie diese Gesellschaft wesentlich gestaltet und geprägt haben. Sie sind deshalb nicht etwa soziale „Auslaufmodelle“, die sich angesichts einiger schnittiger Exemplare der Yuppie-Generation veraltet vorkommen müssen.

Es gibt erschütternde Untersuchungen über den Umgang mit alten Menschen in unserer Gesellschaft. Sie belegen, daß wir uns alle erst noch einstellen müssen auf den neuen Altersaufbau. Wir müssen Abschied nehmen von dem Gedanken, daß alte Menschen vor allem unter dem Betreuungsgesichtspunkt betrachtet und behandelt werden.

Alt gleich krank, das gilt schon lange nicht mehr. Vielmehr müssen wir das Alter als Chance begreifen, die Jahre nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zur Selbstverwirklichung zu nutzen, eigene Erfahrungen weitergeben zu können und sich so „einzumischen“.

Eine Gesellschaft, in der Altwerden und Altsein nicht als Normalfall, sondern als Belästigung angesehen wird, ist von ihrem Anspruch, human und sozial zu sein, noch weit entfernt.

(-/22.2.1988/vo-he/rs)

\* \* \*

**DOKUMENTATION**

Dr. Klaus Hänsch MdEP: Sicherheit und Zusammenarbeit in Gesamteuropa (Teil I)

Dr. Klaus Hänsch MdEP, Obmann der Sozialistischen Fraktion im Politischen Ausschuß des Europäischen Parlaments, hat Anfang Februar vor dem Institut für internationale Politik und Wirtschaft der DDR einen Vortrag über die „gesamteuropäische Verantwortung der Europäischen Gemeinschaft - Perspektiven einer europäischen Friedensordnung“ gehalten. Wir dokumentieren daraus den Teil „Sicherheit und Zusammenarbeit in Gesamteuropa“ in zwei Teilen.

Die Europäisierung der westeuropäischen Sicherheitspolitik geschieht auf intergouvernementaler Ebene. Die originären Zuständigkeiten der EG werden noch für längere Zeit eher marginal bleiben. Völlig ohne Entscheidungsbefugnisse in diesem Bereich ist und bleibt das Europäische Parlament. Daß seine Debatten und Entschlüsse keinen konkreten Einfluß auf das reale sicherheits- und verteidigungspolitische Geschehen in Westeuropa haben, brauche ich also nicht zu betonen. Dennoch ist das Ergebnis der sicherheitspolitischen Debatten in seinem Unterausschuß für Sicherheit und Abrüstung, in den Fraktionen und im Plenum ein wichtiger Indikator für die Entwicklung des sicherheitspolitischen Denkens in den wichtigen politischen Kräften innerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

Aus diesen Debatten und Entschlüssen läßt sich ein sicherheitspolitischer Konsens in fünf Grundpositionen herausfiltern. Sie können als Basis für eine westeuropäische Politik der Sicherheit und Zusammenarbeit dem gemeinsamen europäischen Haus dienen.

1. Die Staaten in Europa und ihre Grenzen bleiben erhalten. Es gibt in Westeuropa, was die Lage in Deutschland anlangt keine Revisionisten. Mitterrand wie Andreotti haben das in Regierungsverantwortung wie in der Opposition deutlich gemacht. Und wenn es noch eines zusätzlichen Zeichens bedurft hätte, könnten es die Besuche der Staatsratsvorsitzenden in Bonn und Paris gewesen sein. Das bedeutet auch, daß die ideologischen, gesellschaftspolitischen und ökonomischen Grundorientierungen erhalten bleiben werden. Weder der Osten noch der Westen Europas kann für den jeweils anderen Modell sein.

Das kann und darf Kritik am Verhalten des anderen nicht ausschließen. Ich bewege mich da auf dem Boden und in den Grenzen des SPD/SED-Papiers. Noch ist darin beschriebene „Streitkultur“ längst nicht Allgemeingut in Europa. Im Westen nicht, übrigens auch in den sozialistischen Parteien nicht, und, wie mir scheint, im Osten auch nicht. Es gibt hier wie dort noch eine Menge „alten Denkens“.

Es ist hier nicht meine Aufgabe, das, was mit „neuem Denken“, „Perestroika“, „Glasnost“ und so weiter beschrieben wird, zu bewarten. Ich werde auch über die kurz- und mittelfristigen Auswirkungen des sowjetischen Reformschubs auf die Verbündeten im Warschauer Pakt nicht spekulieren. Ich kann im Sinne des gemeinsamen Dokuments von SPD und SED nachvollziehen, daß der Erfolg von Entwicklungen in den Staaten des Warschauer Pakts auch von der Sensibilität der Menschen für die Geschwindigkeit und die Flexibilität abhängt, mit denen sie sich vollziehen. Aber die Stärke derer, die im Westen für eine weitgehende Politik von Abrüstung, Zusammenarbeit und Vertrauensbildung eintreten, hängt auch von dem Bild ab, das die Warschauer Pakt-Staaten, die DDR ausdrücklich eingeschlossen, von ihren inneren Zuständen vermitteln.

Die westeuropäische Öffentlichkeit konnte in den letzten Jahren von der DDR durchaus den Eindruck haben, daß „Glasnost“ hier seit längerem und in viel größerem Maße als neuerdings in der UdSSR praktiziert wird. Dieses Bild hat durch die Besuche Erich Honeckers in Bonn und Paris noch an Tiefenschärfe gewonnen. Es schien, daß sich die DDR als anerkannter und selbstbewußter Staat ein immer größeres Maß an innerer Liberalität erlauben könnte. Es wäre im Interesse einer gesamteuropäischen Friedenspolitik, wenn ein bestimmtes aktuelles Vorgehen der Behörden (das von manchen im Westen gerade erhofft wird) nicht Anlaß und Grund zur Korrektur dieses Bildes liefern würde.

Eine Europäische Friedensordnung muß gewährleisten, daß alle Völker auch mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf unserem Kontinent in Sicherheit leben können. Sicherheit beruht nicht allein, aber auch auf der Stabilität der gesellschaftlichen Verhältnisse im Innern der Europäischen Staaten. Wo Gleichgewicht ständig neu herbeigerüstet wird, sind die Verhältnisse zwischen den Staaten nicht stabil. Wo Freiheiten unterdrückt werden müssen, sind die Verhältnisse im Innern der Staaten nicht stabil.

2. Abrüstung ist nötig und sie ist möglich. Der INF-Vertrag ist von allen wichtigen politischen Kräften in Westeuropa akzeptiert. Über Tempo und Ausmaß der nächsten Schritte gibt es Meinungsverschiedenheiten. Über die Tatsache aber, daß es weitergehen kann, herrscht Konsens.

Dieser Konsens wird erleichtert dadurch, daß die sowjetische Führung neuerdings Asymmetrien im Bereich der konventionellen Streitkräfte durchaus zugibt. Der Vorschlag des politisch beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom Mai 1987 könnte den Weg weisen, das Mißtrauen über die Militärdoktrinen der einen wie der anderen Seite aus der Welt zu schaffen. In diesem Bereich gibt es noch weitere sehr konkrete „vertrauensbildende Maßnahmen“ einzuleiten bis hin zur Ersetzung von „Feindbildern“ durch „Partnerbilder“ in den Schulbüchern wie in den Heeresdienstvorschriften.

Die Vorschläge für einen atomwaffenfreien Korridor und eine chemiewaffenfreie Zone brauchen noch mehr Resonanz über die deutschen Grenzen hinaus. Sie brauchen eine breitere europäische Abstützung. Sie werden die Entwicklung des sicherheitspolitischen Denkens auch in den sozialistischen Parteien Westeuropas in dem Maße beschleunigen, wie sie ihren deutsch-deutschen Anstrich verlieren. Die Vorschläge des polnischen Staats- und Parteichefs vom Sommer vergangenen Jahres, auch Polen und Ungarn sowie Dänemark, Belgien und die Niederlande in eine solche Zone einzubeziehen, sind in diesem Zusammenhang hilfreich.

Bestehen bleibt allerdings für alle relevanten politischen Kräfte in Westeuropa, soweit sie im Europäischen Parlament repräsentiert sind, daß die Sowjetunion auch in einem Europa mit sehr viel weniger Waffen eine Supermacht bleiben wird. Das heißt ihr Gewicht wird weiterhin auszubalancieren sein. Das bedeutet zum einen: Es gibt in Westeuropa keine politische Kraft, die ein Loskoppeln Westeuropas von der Atlantischen Allianz betriebe oder auch nur mittrüge. Für einen Neutralismus einzelner Staaten oder ganz Westeuropas gibt es keine Basis. Sie wäre übrigens auch nicht stabilitätsfördernd und damit friedensfördernd, sondern ein Anlaß zu neuer Unruhe durch Destabilisierung. Zum anderen bedeutet das, daß Westeuropa sich verteidigungsfähig halten muß. Sich verteidigungsfähig halten heißt, kriegsabschreckungsfähig zu bleiben in dem Sinne, daß keine Macht in den Trugschluß verfallen können darf, ein Krieg in Europa sei führbar oder gar gewinnbar.

3. Westeuropa wird und muß im westlichen Bündnis ein größeres Gewicht erhalten. Aus mehreren Gründen:

- Die waffentechnische Entwicklung - nicht nur, aber auch mit SDI und mit entsprechenden Forschungen in der Sowjetunion - zeigt, daß amerikanische und westeuropäische Sicherheitsinteressen sich zwar weiterhin in vielen Punkten überlappen, aber nicht mehr in allen Teilen identisch sein können. Über die Stärkung der Eurogroup in der NATO, der WEU und der EPZ wird dieses Gewicht im Rahmen der Allianz zunehmen.
- Mit weiterer nuklearer Abrüstung, die wir fordern und durchführen wollen, wird die US-Orientierung der westeuropäischen Verteidigungspolitik sinken. Dies wird begleitet und verstärkt werden durch neue Akzente in der amerikanischen Sicherheitspolitik beginnende Diskussion über eine neue Strategie für das Bündnis, die in den USA unter anderem mit den Namen Kissinger und Ikle verbunden ist, gibt erst einen Vorgeschmack dafür.

Wo es um eine Reorganisation des Bündnisses geht, wird auch über das Ausmaß der amerikanischen Truppenpräsenz in Europa nachgedacht werden müssen. Es gibt kein sicherheitspolitisches Naturgesetz, nach dem amerikanische und sowjetische Truppen auf immer und ewig und in heutiger Stärke außerhalb ihres Landes stationiert sein müssen.

Schließlich: Westeuropa kann nur effektiv dazu beitragen, die militärische Konfrontation auf dem europäischen Kontinent zu mildern und aufzulösen, wenn es mehr ist als ein bloßes atlantisches Anhängsel der USA.

(-/22.2.1988/va-he/rs)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)

\* \* \*